Nummer 491. XXVII. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Dienstag, 27. September 1898.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Landtagswahlen in Schlesien.

(Von unserem Korrespondenten.)

Breslau, den 26. September 1898.

Für die Beantwortung der Frage, ob auch während der nächsten fünf Jahre die Gefahr einer konservativen Landtagsmehrheit fortgesetzt die gedeihliche Entwickelung der preußischen Politik bedrohen soll oder nicht, ist der Ausfall der Landtagswahlen in der Provinz Schlesien von größter Bedeutung. Denn es giebt hier eine solche Anzahl von Wahlkreisen, deren Wahlergebniß zweifelhaft ist, daß unsere Provinz unter Umständen ganz allein in der Lage sein kann, jene Frage mit Ja oder mit Nein zu beantworten. Viel, sehr viel kommt hierbei allerdings auf die Haltung der Nationalliberalen an, deren Führer hier in Breslau sich gerade im gegenwärtigen Augenblick in lebhaftem Meinungsstreit darüber befinden, ob sie nach rechts oder nach links Anschluß suchen sollen. Würden sich die Nationalliberalen der Gefahren, welche unserem Kulturleben drohen, voll bewußt werden, so könnte Schlesien, das in den Reichstag so zahlreiche liberale Kämpfer entsendet, auch im künftigen Landtag durch weit mehr freisinnige und mehr nationalliberale Abgeordnete vertreten sein wie bisher.

Die Hauptstadt Breslau, deren drei 1888 an das Kartell verloren gegangene Mandate 1893 von den Freisinnigen (zwei Volksparteilern und einem Manne der Vereinigung) wieder erobert wurden, wird — hoffentlich — diesmal demselben Banner treu bleiben. Die Sozialdemokraten, welche eigene Wahlmänner aufstellen wollen, dürften denn doch beim ersten Ansturm kaum so viel durchbringen, daß die Freisinnigen genöthigt wären, ihnen eins der drei Mandate abzutreten. Selbst wenn das aber auch der Fall wäre, würde das immerhin nur eine Verschiebung innerhalb der antikonservativen Seite des Hauses, aber keine Schwächung derselben bedeuten. Verhängnißvoll kann in Breslau eventuell nur die Haltung der Nationalliberalen werden, wenn dieselben das alte Kartell mit der Reaktion erneuern. Noch schwanken sie, wie gesagt, und überlegen, ob es nicht besser ist, den Freisinnigen in Breslau, ohne Anspruch auf einen eigenen Kandidaten, zu unterstützen und dafür die Zusage zu erhalten, daß die Freisinnigen in mehreren Provinzialwahlkreisen den Nationalliberalen gegen die Konservativen zum Siege verhelfen; kurz: ob es nicht besser ist, überall Hand in Hand mit den Freisinnigen die Reaktion zu bekämpfen. Daß die schlesischen Nationalliberalen freisinnige Hilfe sehr gut gebrauchen können, geht schon daraus hervor, daß ihnen 1893 nicht weniger als drei Mandate, nämlich je eins in Löwenberg, Schweidnitz und Waldenburg, von den konservativen „Brüdern" abgenommen wurden. Diese Mandate werden die Nationalliberalen aus eigener Kraft kaum, wohl aber mit Hilfe des Freisinns wiedererobern können.

Aehnlich wie in Breslau liegen die Verhältnisse im Wahlkreis Liegnitz-Haynau-Goldberg, nur mit dem Unterschiede, daß die Freisinnigen dort nicht Mandate zu vertheidigen, sondern wiederzuerobern haben. Im Jahre 1888 waren in diesem Wahlkreise die freisinnigen Kandidaten mit eine Mehrheit von 25 Stimmen gewählt worden. 1893 aber unterlagen sie mit 212 gegen 304 Kartellstimmen, durch welche zwei Konservative ins Abgeordnetenhaus gesandt wurden. Gerade im Kreise Liegnitz-Haynau-Goldberg hat sich bei den letzten Reichstagswahlen ein so bedeutsames Anwachsen der freisinnigen Stimmen unter gleichzeitiger Abnahme der konservativen Stimmen gezeigt, daß die beiden freisinnigen Landtagskandidaten (die Reichstagsabgeordneten Kaufmann von der Volkspartei und Hoffmeister von der Vereinigung) vielleicht ohne fremde Hilfe, sicher aber wohl mit Unterstützung der Nationalliberalen, gewählt werden würden. Auch der Wahlkreis Görlitz-Lauban, der jetzt durch zwei Nationalliberale und einen Freikonservativen vertreten ist, könnte eine völlig liberale Vertretung im Abgeordnetenhause erhalten, wenn sich die Nationalliberalen wegen des dritten Mandates anstatt mit den Freikonservativen mit den Freisinnigen verbänden. Wurden doch im Jahre 1893 in diesem Wahlkreise außer den 461 Kartellstimmen, welche sicherlich über die Hälfte nationalliberalen Ursprungs waren, nicht weniger als 229 freisinnige Stimmen abgegeben. Ebenso muß sich im Wahlkreise Hirschberg, in dem die Freisinnigen noch 1888 ganz allein mit 205 gegen 132 Stimmen über das Kartell siegten, 1893 aber mit 110 gegen 230 unterlagen, ein liberaler Erfolg erzielen lassen. Ob es den Freisinnigen gelingen würde, den Wahlkreis aus eigener Kraft wieder zu erobern, mag dahingestellt bleiben. Gewiß aber würde es den vereinten Freisinnigen und Nationalliberalen leicht sein, die beiden Mandate unter sich zu theilen. Da der Kreis jetzt von einem Konservativen und einem Nationalliberalen vertreten ist, würde das abermals eine Schwächung der Reaktion um ein Mandat bedeuten. Auch in den niederschlesischen Wahlkreisen Glogau-Lüben und Grünberg-Freystadt, welche stets erhebliche freisinnige Minderheiten aufwiesen, wäre ein nationalliberal-freisinniger Vorstoß durchaus nicht von vornherein aussichtslos.

Bei plannmäßigem Vorgehen und fester Einigkeit des gesammten Liberalismus könnte nach dem Gesagten nicht nur der Besitzstand der Freisinnigen und der Nationalliberalen in Schlesien ohne Mühe gewahrt werden, sondern es könnten für die Freisinnigen voraussichtlich auch noch vier Mandate hinzuerobert werden (zwei in Liegnitz, eins in Görlitz und eins in Hirschberg), während den Nationalliberalen Ersatz geschaffen werden könnte für die drei ihnen 1893 von den Konservativen entrissenen Mandate. Von den für den ersten Ansturm wohl nicht gleich so günstigen Kreisen Glogau-Lüben und Grünberg-Freystadt sehen wir dabei ganz ab. Trotzdem bliebe ein Gewinn von sieben Mandaten für den Liberalismus in einer Provinz. Daß das nicht gering zu achten ist in einer Zeit, wo das Schicksal der wichtigsten Gesetze im Abgeordnetenhause oft von wenigen Stimmen abhängt, liegt auf der Hand. Die Nationalliberalen in Breslau sowohl wie in der ganzen Provinz Schlesien sollten es sich deshalb allen Ernstes überlegen, ehe sie sich abermals von den Konservativen ins Schlepptau nehmen lassen.

Der Fall Roth.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens des deutschen Reiches hielt der Kaiser am 18. Januar 1896 eine begeisternde Rede, in der folgende Sätze vorkamen: „Aus dem deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Ueberall in fernen Theilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Bücher, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dies größere deutsche Reich auch fest an uns zu knüpfen." Und bei der Eröffnung des neuen Stettiner Seehafens sagte der Kaiser unter anderem: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser." Der Kaiser sieht also in der Entwickelung unserer überseeischen Interessen die Zukunft Deutschlands, um so mehr darf es Verwunderung erregen, in wie großem Gegensatz zu diesen Worten des Kaisers sich anscheinend mitunter unsere amtliche überseeische Politik befindet!

Eine eigenthümliche Erscheinung bietet in dieser Beziehung der Fall Roth. Der in Curityba in Brasilien wohnhafte deutsche Lehrer Roth war, wie wohl erinnerlich ist, gelegentlich eines Schulausfluges wegen des Mitführens einer deutschen Fahne neben einer brasilianischen von Rowdies überfallen und in der gemeinsten Weise mißhandelt worden.

Wenn wir heute auf diesen traurigen Fall zurückkommen, so geschieht das, weil uns ein Brief vorgelegen hat, den das Opfer dieses Vorkommnisses, der Lehrer Roth in Curityba vom 17. August d. J. datirte Brief geht von der Annahme aus, daß das deutsche Reich den Briefschreiber wegen der erlittenen Verletzungen entschädigen und Rückerstattung von der brasilianischen Regierung verlangen werde. Im Hinblick auf diese Annahme wendet sich Roth an den Vorstand des erwähnten Vereins mit der folgenden Bitte: „wir rathen zu wollen, was ich thun soll, um zu meinem Rechte zu gelangen, da ich bis heute ohne jegliche Entscheidungen in dieser Angelegenheit bin, obgleich ich mich in verschiedenen Gesuchen an die Gesandtschaft in Rio gewandt, aber von keiner Stelle Antwort erhalten habe (!). Von den nur zugefügten Verletzungen ist mir eine hochgradige Nervosität geblieben, welche wohl mit den Jahren haltbar sein wird."

Es ist uns augenblicklich nicht erinnerlich, ob gelegentlich der Reichstagsverhandlung über die von der „Vereinigung für Auswanderungsfragen" eingereichte Petition über den Fall Roth der Regierungsvertreter thatsächlich, wie Roth annimmt, die Zusicherung gemacht hat, daß Letzterer eine Entschädigung erhalten solle. Darauf kommt es aber auch weniger an, ob diese Zusicherung erfolgt ist oder nicht. Denn auch ohne solche ist es doch selbstverständlich, daß jeder im Auslande mißhandelte Reichsdeutsche dort eine Entschädigung zu verlangen hat, und daß es Pflicht der Reichsregierung ist, sich dafür energisch zu verwenden. Bei dem sehr viel weniger schweren Fall des Kaufmanns Lüders in Haiti war Deutschland in erreichlicher Energie mit einem Kriegsschiffe bei der Hand, um eine Entschädigung zu erzwingen. Und im Falle Roth — halten wir uns bescheiden zurück! Fürchtet sich Deutschland vor Brasilien?

Jedenfalls hat das deutsche Volk ein Interesse daran, über folgende Fragen Auskunft zu erhalten:

1. Beabsichtigt unsere Regierung eine Entschädigung für Roth zu verlangen oder soll dieser meuchlerische Anfall auf einen deutschen Reichsangehörigen ungesühnt bleiben?

2. Ist es wahr, daß das Opfer jenes Ueberfalls, der in der ganzen deutschen Presse einen Schrei der Entrüstung hervorrief, auf verschiedene Gesuche von unserer Gesandtschaft in Brasilien überhaupt gar keine Antwort erhalten hat?

Von der Beantwortung dieser beiden Fragen wird das Urtheil abhängen, das die öffentliche Meinung sich über die heutige amtliche Vertretung der deutschen überseeischen Interessen bilden muß. Jedenfalls ist die amtliche Behandlung des Falles Roth seit Anfang eine sehr merkwürdige Illustration zu den Eingangs erwähnten Mahnworten des Kaisers.

---

* Die einzig dastehende Art und Weise, wie der Landrath von Gardelegen **Politik in die Kriegervereine** zu tragen hat, findet auch bei der „Kölnischen Zeitung" die schärfste Mißbilligung. Ihr erscheint gleich uns eine inquisitorische Ausforschung sozialdemokratischer Gesinnung von Mitgliedern der Kriegervereine sehr bedenklich, nicht zum wenigsten im Interesse der Kriegervereine selbst. Dann fährt das nationalliberale rheinische Blatt fort:

„Wenn hier nun gar noch das Verlangen ausgesprochen wird, die Mitglieder auszuforschen, die sich „zur Freisinnigen Volkspartei" rechnen, so scheint uns das im höchsten Grade unzulässig. Wenn konservative Landräthe auf diesem Wege fortfahren, so ist gar nicht ausgeschlossen, daß sie nächstens auch die Zugehörigkeit zur Freisinnigen Vereinigung, zu den Nationalliberalen oder zum Centrum zum Gegenstand von Disziplinirungen machen und vielleicht gar die Zugehörigkeit zum Bunde der Landwirthe als unerläßlich für die Theilnahme an Kriegervereinen aufstellen. Solchen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten, haben alle diejenigen ein Interesse, die den Kriegervereinen ihren allgemeinen patriotischen und kameradschaftlichen Charakter wahren und sie außerhalb der Parteipolitik stellen wollen."

Vielleicht kommt ein findiger Landrath demnächst auf einen ganz gangbaren Ausweg. Er braucht nur die Gründung „konservativer" oder „agrarischer Kriegervereine" durchzusetzen, um die Aufnahme aller politisch anders gesinnten Staatsbürger zu verhindern. Dann bleibt ihm wenigstens die Nothwendigkeit erspart, die Kriegervereinsvorstände zu unwürdigen Spionidiensten und ungesetzlicher Verletzung des Wahlgeheimnisses zu verleiten.

---

* In **Darmstadt** wurde am gestrigen Montag der dritte **Delegirtentag der nationalsozialen Partei** durch eine Ansprache des Pfarrers Naumann eröffnet, aus der uns die folgenden Sätze erwähnenswerth erscheinen:

Die Bismarck-Trauerfeier in Kiautschau.

(Originalbericht des Berliner Tageblatt.)

Kiautschau, den 11. August.

Unsere kleine Kolonie war in größter Aufregung, dunkle Gerüchte waren im Umlauf über das Befinden des Fürsten Bismarck. Man fragte da und dort, überall unbestimmte Antworten oder Achselzucken. Keiner wußte etwas Genaues. Da endlich, am Dienstag, den 2. August, erhuben einige Herren auf der hiesigen Postagentur, daß ein Reuter-Telegramm die Nachricht vom Ableben des greisen Fürsten gebracht habe. Die allgemeine Bestürzung, die sich dieser kleinen Zahl von Deutschen bemächtigte, läßt sich schwer schildern, und wie erleichtert athmete man auf, als sich Zweifel über die Richtigkeit des Telegramms mit Blitzesschnelle herumsprachen. Ja, ja, sagten Diese, es ist ja schon oft am anderen Tage widerrufen worden, was tags zuvor als unumstößliche Thatsache erschien. Bange Stunden vergingen; bis zum nächsten Morgen konnte man weder auf der Signalstation auf dem Truppelsberge, noch vor dem Namen, dem Sitz der Gouvernements, die Flagge halbmast sehen, und so wiegte man sich schon in der Hoffnung, daß die Nachricht falsch sei; denn, so argumentirte man, wäre sie richtig, so hätten sämmtliche öffentlichen Gebäude doch halbmast flaggen müssen. Mittags 12 Uhr wurde, wie jeden Tag, ein Signalschuß aus der auf einem Berge stehenden eroberten chinesischen Batterie abgefeuert. Doch horch, das war nicht wie sonst. Ein zweiter, dritter und vierter Schuß folgte und danach in Zwischenpausen von fünf Minuten Schuß auf Schuß, im ganzen 21 Schuß. Zugleich gingen sämmtliche Flaggen auf Halbmast. Das zeigte den Deutschen unserer jüngsten deutschen Kolonie, über deren Erwerbung seine Freude auszudrücken dem greisen Kanzler noch vergönnt war, an, daß es nun keinem Zweifel mehr unterliege, daß es Gottes Rathschluß gefallen hat, unseren Bismarck zu sich zu rufen. Tiefe Traurigkeit bemächtigte sich unserer kleinen deutschen Kolonie, waren auch einige darunter, die im Leben ihm gram waren, Keiner wollte jetzt mehr daran denken, Allen erschien das Ereigniß als ein Unglück, das nicht dem einzelnen Menschen, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande widerfahren sei.

Schon am Nachmittag desselben Tages erging vom Gouverneur an die deutsche Kolonie ein Schreiben, worin er die Mittheilung machte, daß am anderen Tage früh 10 Uhr eine Gedächtnißfeier stattfinden sollte, und wohl Keiner verschlte, seine Betheiligung anzumelden.

Die ganze Kolonie hatte halbmast geflaggt, vor dem Namen war in einem Karree die gesammte Garnison aufgestellt, die Offiziere erschienen im Waffenrock mit Trauerflor und weißen Hosen, die Civilbehörden und Civilisten in schwarzem Anzuge. Zwischen zwei von Blumenarrangements umgegebenen Geschützen stand der Gouverneur. Die Marineinfanteriekapelle leitete mit dem Choral „Es ist bestimmt in Gottes Rath" die Feier ein. Hierauf schritt der Gouverneur in die Mitte des Platzes und erklärte unter ergreifenden, einfachen, schlichten Worten die traurige Botschaft vom Hinscheiden unseres Bismarck.

Athemlos lauschte die Menge den markigen Worten des Gouverneurs, der noch einmal darauf hinwies, was Bismarck geleistet, was er für uns gethan habe, und was er für uns gewesen ist. Wenn jemals in der Geschichte die Namen großer Männer genannt werden, so wird auch sein Name genannt werden, und er wird einer der ersten sein. Freilich hatte der Fürst auch viele Feinde, führte der Gouverneur weiter aus, Feinde wie alle großen Männer sie haben, ehrliche Feinde, die nicht vergessen, was er war. Es war ein Mann, nehmt alles nur in allem, ihr werdet niemals seines Gleichen sehen.

Ganz Deutschland stand an seinem Sarge; wir können es freilich nicht, Meere trennen uns von dem Ort, wo man ihn zur letzten Ruhe bettete, aber unsere deutschen Herzen waren Alle bei ihm, und so blicke herab, Du echter deutscher Mann, sieh herab auf uns, die wir hier im fernen China, auf neuem deutschen Boden, Deiner in Liebe gedenken, laß uns Dein Vorbild leuchten, daß wir die Kraft finden, zu streiten für deutsche Ehre und Ruhm.

Ein stilles Gebet folgte der zu Herzen gehenden Rede des Gouverneurs. Das schöne Lied „Wie könnt' ich dein vergessen, wenn alles dich vergißt" bildete den Schluß. Nochmals trat der Gouverneur in die Mitte und brachte das Hoch auf den deutschen Kaiser aus, die Musik spielte die Nationalhymne, alle Gouvernementsflaggen gingen in die Höhe. Die Feier war beendet.

Still und wehmüthig ging die deutsche Kolonie auseinander, jeder mit sich selbst beschäftigt unter dem Eindruck dieses gedenkwürdigen Tages.

Ein Deutscher in Kiautschau.

Feuilleton.

In **Lissabon** wurde gestern der **fünfte internationale Presse-Kongreß** im Gebäude der Geographischen Gesellschaft feierlich eröffnet, wobei der Hof, das diplomatische Korps, die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, die Geistlichkeit und viele Damen anwesend waren. Vor dem Gebäude, welches beflaggt war, hatte eine Kompagnie Marinesoldaten Aufstellung genommen. Beim Erscheinen des Kaiserpaares und des Prinzen Alphonso, welche von dem Komitee und den Mitgliedern des Kongresses empfangen wurden, intonirte die Versammlung die Volkshymne.

Der Präsident des Kongresses Singer-Wien („Neues Wiener Tagblatt") hielt alsdann eine Ansprache, in welcher er der Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß die Anwesenheit der Majestäten deren kostbare Sympathie und mächtigen Schutz für die Bestrebungen zur Solidarität der Journalisten aller Länder erkennen lassen, wofür die Journalisten Dankbarkeit und Verehrung empfinden. Die internationale Pressunion bezwecke die Beseitigung aus Unkenntniß resultirender, nicht verständlicher, schlechter Vorurtheile; sie bezwecke weiter Arbeit für Fortschritt, Civilisation, Gerechtigkeit sowie Bildung einer europäischen Armee, deren Mitglieder exterminator seien durch persönliche Würde, Heimathliebe, Rechtlichkeit und ehrenhafte Ausübung ihres Berufes. Vielleicht trage dieses Streben zur Herbeiführung des Friedens und der Eintracht unter den Nationen bei. Die Ansprache schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Königspaar.

Der König erklärte in seiner Erwiderung, daß er dem Wunsche des Präsidenten, den Kongreß zu eröffnen, gern Folge leiste. Wie der jüngst in Lissabon abgehaltene Kongreß der Aerzte der Pflege des Körpers gewidmet gewesen sei, so der Pressekongreß der Pflege des Geistes. Die Presse habe die schöne Aufgabe, Edles zu fördern und zu verbreiten.